Stand: 12.07.2025 22:43:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/310

"Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuerentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/310 vom 13.02.2019
2. Beschluss des Plenums 18/337 vom 13.02.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 13.02.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.02.2019 **Drucksache 18/310**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuerentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag positioniert sich klar gegen Steuererhöhungen. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mittels einer Bundesratsinitiative für zügige Reformen hin zu steuerlichen Entlastungen und einem spürbaren Bürokratieabbau für Unternehmen einzusetzen, im Besonderen für:

– eine mittelstandsfreundliche Reform der Unternehmenssteuern,
– die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum 31.12.2019,
– eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, sich für eine Digitalisierung der von Unternehmen am häufigsten nachgefragten Verwaltungsleistungen einzusetzen. Auch die bundesweite Einführung des bayerischen Praxis-Checks für Gesetzesvorhaben sowie bei Änderungen im Vollzug muss von der Staatsregierung unterstützt werden.

Begründung:

Bayern zählt zu den attraktivsten Wirtschaftsregionen der Welt mit einer sehr guten Entwicklung in den letzten Jahren und einer hervorragenden Arbeitsmarktlage. Es gilt, die Weichen für ein wirtschaftlich erfolgreiches Bayern von morgen zu stellen.

Kürzlich vorgelegte Konjunkturumfragen verdeutlichen eine gute Geschäftslage bei bayerischen Unternehmen, jedoch abgekühlte Geschäftserwartungen für die Zukunft und eine Zurückhaltung bei der Investitionstätigkeit. Fast die Hälfte aller bayerischen Unternehmen sehen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Risikofaktor. Neben außenwirtschaftlichen Unsicherheiten führen die Unternehmen die hohe Steuer- und Abgabenlast und die starke Regulierungsdichte als Geschäftsrisiko an. Ziel der bayerischen Wirtschaftspolitik muss es daher sein, Investitionen der bayerischen Unternehmen wieder anzukurbeln. Auf internationaler Ebene vollzieht sich derzeit ein Wettbewerb bei Unternehmenssteuern, der vor allem durch die Reformen in den USA, Frankreich und Großbritannien angeheizt wird. Ziel der bayerischen Steuerpolitik muss es daher sein, dass in Deutschland erwirtschaftete Gewinne im Inland versteuert werden. Eine Verlagerung der Gewinne ins Ausland ist zu verhindern. Um die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiter anzukurbeln, muss die Bundesregierung zügig für wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen, zum Beispiel mit Steuerentlastungen sorgen. Auch ist der im internationalen Steuerwettbewerb drohenden Gefahr von Unternehmensverlagerungen ins Ausland zu begegnen. Folge wären sinkende Steuereinnahmen und der Verlust von Arbeitsplätzen. Leider verkennt die von CDU, SPD und CSU geführte Bundesregierung den Ernst der Lage.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.02.2019 **Drucksache** 18/**337**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**
Drs. 18/**310**

Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuerentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Alexander König
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Harald Güller
Abg. Albert Duin
Abg. Florian von Brunn
Abg. Tim Pargent
Abg. Gerald Pittner
Abg. Franz Bergmüller
Staatsminister Albert Füracker
Abg. Gerd Mannes

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)
Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuer- und Bürokratieentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen! (Drs. 18/302)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Harald Güller, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)
Was den Menschen und den Unternehmen wirklich hilft: Solide und gerechte Steuerpolitik für Zukunftsfähigkeit und Zusammenhalt Bayerns (Drs. 18/309)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuerentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen! (Drs. 18/310)

Wenn Sie jetzt Ihre Plätze einnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich die gemeinsame Aussprache eröffnen. Erster Redner ist Herr Kollege Alexander König. Bitte sehr, Herr König.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur die Menschen in unserem Land, sondern vor allem auch die Unternehmen brauchen endlich wirksame Steuererleichterungen und einen wirksamen Bürokratieabbau.

(Beifall des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

Warum? – Wir haben einen außerordentlich exzellenten Wirtschaftsstandort Bayern. Die Arbeitslosigkeit ist geringst. Auch in der jüngsten Konjunkturumfrage war zu lesen,

dass die aktuelle Geschäftslage der Firmen in Bayern sehr gut ist. Gleichwohl haben diese Konjunkturumfragen ergeben, dass dieselben Befragten in die Zukunft gesehen sehr abgekühlte Geschäftserwartungen haben und eine Zurückhaltung bei der Investitionstätigkeit zu erwarten ist. Wenn Ihnen das nicht reicht, dann schauen Sie noch näher hin. Dann stellen Sie fest, dass fast die Hälfte der Unternehmen, die befragt wurden, angegeben haben, dass sie das größte Risiko für die Zukunft in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sehen. Das ist der größte Risikofaktor aus der Sicht der befragten Unternehmen. In der Reihenfolge der größten Risikofaktoren wurden erstens die außenwirtschaftlichen Unsicherheiten angegeben – Stichwort Brexit, Handelskrieg usw. Jetzt aber kommt es: Bereits an zweiter Stelle stehen zu hohe Steuerlasten, zu hohe Abgabelasten und eine viel zu hohe Regelungsdichte. – Das ist Punkt zwei der Geschäftsrisiken für unsere Firmen.

Ich appelliere an uns alle, an die Politik insgesamt, diese Einschätzung der Wirtschaft sehr ernst zu nehmen. Ich appelliere, sie nicht nur ernst zu nehmen, sondern entsprechend zu handeln. Wir brauchen eine Absenkung der Unternehmensteuern, so wie wir eine Absenkung der Ertragsteuern insgesamt brauchen. Bei den Unternehmensteuern findet, wie Sie wissen, im Bereich der Körperschaftsteuer ein Wettbewerb statt. Die USA sind dabei, die Steuerlast weiter deutlich zu senken. In Frankreich und Großbritannien gibt es eindeutige Pläne, auch perspektivische Pläne für die nächsten Jahre, die dortige Steuerlast zu senken. Meine Damen und Herren, ich bitte darüber hinaus auch endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass über 90 % unserer Betriebe nicht körperschaftsteuerpflichtig sind, sondern dass diese Knoff-Hoffs, diese Unternehmer, diese tüchtigen Leute in aller Regel als Einzelunternehmer oder als Personengesellschaften unterwegs sind. Sie leiden unter zu hohen Ertragsteuern, unter einer zu hohen Einkommensteuer.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

Ich danke für den Beifall und füge hinzu: Umso perverser ist es aus meiner Sicht, in dieser Situation der seit Jahren sprudelnden Steuereinnahmen so weiterzumachen.

Allein zwischen 2016 und 2018 ist die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland für alle miteinander von 700 auf über 770 Milliarden Euro angestiegen. Auch hier im Freistaat Bayern haben wir seit Jahren sprudelnde Steuereinnahmen. Umso perverser ist es, in dieser Situation darüber nachzudenken, wieder eine Vermögensteuer einzuführen, so wie das die SPD macht. Ihr Generalsekretär Klingbeil hat erst gestern zum Besten gegeben, wieder eine Vermögensteuer einführen und den Spitzensteuersatz erhöhen zu wollen.

(Beifall bei der SPD)

– Meine Damen und Herren von der SPD, das ist Beifall an der völlig falschen Stelle. Wo leben Sie denn?

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Schämen Sie sich denn nicht?

(Unruhe bei der SPD)

Dasselbe betrifft den Solidaritätszuschlag. Nach seiner Wiedereinführung hat Helmut Kohl den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land versprochen, den Solidaritätszuschlag bis spätestens 1999 wieder abzuschaffen. Den haben wir aber heute noch, und die SPD möchte ihn auch noch für die Zukunft nicht abschaffen.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

– Das liegt nicht an uns, wie Sie wissen sollten, wenn Sie Politik verfolgen.

Besonders lustig wird es aber, wenn Sie auf der einen Seite sehen, dass im Koalitionsvertrag vereinbart werden musste – weil es keinen anderen Nenner gab –, dass der Solidaritätszuschlag nur bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze abgeschafft werden soll. Auf der anderen Seite fordert aber die SPD Bayern in ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag, dass extrem hohe Einkommen künftig den Solidaritätszuschlag weiter zahlen sollen.Wenn ich zusammennehme, was im Koalitionsvertrag auf

Bundesebene vereinbart ist und was Sie in Ihrem Antrag fordern, bedeutet das, dass Sie ein Einkommen von 60.000 Euro im Jahr als ein extrem hohes Einkommen ansehen und Sie die Menschen, diese Leistungsträger unserer Gesellschaft,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

die sich in dieser Einkommensgruppe befinden, weiter mit dem Solidaritätszuschlag belasten wollen. Dazu kann ich nur sagen: Schämt euch von der SPD! Seht endlich einmal, was die Stunde geschlagen hat. Die Steuern müssen runter! Die Unternehmensteuern und die Ertragsteuern müssen runter. Der Solidaritätszuschlag gehört endlich abgeschafft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Weiterhin müssen wir uns darum bemühen, dass wir unsere Unternehmen im Bereich Forschung und Entwicklung stärker stützen. Wir müssen vor allem auch die kleinen Firmen, die Einzelunternehmen und die Know-Hoffs, die in unserem Land unterwegs sind, mit einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung stützen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich sage jetzt noch etwas Positives über den Koalitionsvertrag. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde vereinbart, Bürokratie abzubauen, und man hat das unter dem Stichwort aufgenommen, den Statistikbereich zu überprüfen und Bürokratie abzubauen. Es wäre aber auch dringend erforderlich, sich nicht nur auf diesen Bereich zu beschränken, sondern vor allem im Bereich des Steuerrechts hier fortzufahren. Dafür gibt es unendlich viele Möglichkeiten. Angefangen beim Betrag für geringfügige Wirtschaftsgüter bis hin zur monatlichen Umsatzsteueranmeldung für neue und kleine Unternehmen, bis hin zu X, Y und Z – es gibt tausend Vorschläge, die ich Ihnen bringen könnte. Hier müssen wir tätig werden. Hier müssen wir Regelungen abbauen. Hier müssen wir Bürokratie abbauen.

Daneben sollten wir darauf dringen, die Digitalisierung der für unsere Unternehmen besonders wichtigen Verwaltungsleistungen

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

voranzubringen – dabei sind wir als Freistaat Bayern in einer besonderen Weise gefordert –

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

und auch Praxischecks für Gesetzesvorhaben voranzubringen, also die Prüfung, was erforderlich bzw. was nicht erforderlich ist.

Alles zusammengenommen, meine Damen und Herren: Ich sehe hier bei uns im Haus eine breite Mehrheit für Steuersenkungen und für den Abbau der Bürokratie. Ich sehe hier die SPD und auch die GRÜNEN, die leider nicht auf diesem Pfad sind, aber ansonsten sehe ich eine breite Mehrheit. Dafür bedanke ich mich.

Ich appelliere hier insbesondere an die SPD, die da wirklich noch völlig falsch und zu einem völlig falschen Zeitpunkt unterwegs ist, beim Solidaritätszuschlag, bei den Ertragsteuern und bei den Unternehmensteuern und beim Bürokratieabbau in sich zu gehen,

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Diana Stachowitz (SPD))

unsere Unternehmen zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass wir auch in Zukunft ein so erfolgreicher Wirtschaftsstandort Freistaat Bayern sein können, indem wir die Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen weiter verbessern. Die Staatsregierung ist mit entsprechenden Initiativen unterwegs, auch im Bundesrat.

Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, unserem Antrag zuzustimmen. Wir unterstützen damit auch die Staatsregierung bei ihrem entsprechenden Handeln. Wichtig ist, dass wir das auch in die Köpfe hineinbringen, nicht falsch unterwegs sind und uns

auch draußen bei den Menschen aktiv dafür einsetzen, hier tätig zu werden. Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem Dringlichkeitsantrag der CSU, den ich hier vor mir habe.

Zum Antrag der FDP muss ich sagen – obwohl ich da sehr oft sogar begeistert bin –,

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der FDP: Hört, hört!)

dass er in manchen Formulierungen mit unserem Antrag deckungsgleich ist. Sie haben aber, was den Soli angeht, ein Datum hineingeschrieben, was zwar mir und der CSU sicher auch sehr recht wäre, aber nach dem Koalitionsvertrag nicht geht. Außerdem haben Sie eine Bundesratsinitiative gefordert, obwohl die Staatsregierung hier bereits mit einer Bundesratsinitiative unterwegs war. Deshalb bedauere ich sehr, dass wir dem Antrag nicht zustimmen können.

(Zuruf von der FDP: Wir auch!)

Dem Antrag der Fraktion der SPD, die im Volksmund bald als Steuererhöhungspartei Deutschlands durchgehen wird

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– das kommt auch in dem Antrag durch –, kann man keinesfalls zustimmen; das ist ja wohl klar.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege König, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Für eine Zwischenbemerkung meldete sich Herr Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege König, warum soll sich die SPD-Fraktion dafür schämen, dass wir hinter dem Koalitionsvertrag in Berlin stehen, der eindeutig besagt, dass wir 90 % der Zahlerinnen und Zahler vom Solidaritätszuschlag von heute

21,7 Milliarden Euro mit 10,2 Milliarden Euro entlasten? Warum sollen wir uns dafür schämen, dass wir dann auf der anderen Seite

(Beifall bei der SPD)

das oberste Zehntel der Solidaritätszuschlagzahler – das sind die Topverdiener und Einkommensmillionäre, die insgesamt 11,5 Milliarden Euro bekommen würden – nicht beschenken?

(Unruhe bei der FDP)

– Nicht so nervös werden auf der FDP-Seite. – Nur zur Verdeutlichung: Ein Single, der 300.000 Euro Jahreseinkommen hat, bezahlt jetzt 6.521 Euro Soli. Sie wollen, dass er in Zukunft nichts mehr bezahlt. Warum sollen wir uns dafür schämen, dass wir diesem Unsinn und dieser Geldverschwendung einen Riegel vorschieben wollen

(Beifall bei der SPD)

und darauf beharren, dass der Koalitionsvertrag umgesetzt wird, dass eben nicht den Topverdienern und Millionären in dieser Gesellschaft auch noch – – Ich möchte jetzt eigentlich nicht Rudi Assauer, der viel zu früh verstorben ist, zitieren, aber Rudi Assauer hat etwas gesagt über die fetten Gänse … Den Rest hier zu sagen, verbietet sich.

Warum sollen wir uns dafür schämen, dass wir so verantwortungsvoll mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger in diesem Staat umgehen?

(Beifall bei der SPD)

Alexander König (CSU): Lieber Kollege Güller, für die Frage bin ich Ihnen sehr dankbar, weil sie mir nochmals die Möglichkeit gibt, Ihnen aufzuzeigen, warum Sie sich tatsächlich schämen sollten.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Ihr Denken, dass Sie beim Einnehmen von Steuern, beim – ich sage einmal – Ausquetschen des Steuerbürgers von Geldverschwendung sprechen, wenn Sie den Bürger entlasten, zeigt schon, wessen Geistes Kind Sie sind. Es tut mir leid, das so sagen zu müssen, aber es ist so.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Richtig heftig wird es aber – und ich will Ihnen das noch einmal sagen –, wenn Sie sich weiter weigern, diesen Solidaritätszuschlag für alle abschaffen zu wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Obwohl Sie wissen, zu welchem Zweck er eingeführt wurde und obwohl Helmut Kohl bereits Mitte der 90er-Jahre versprochen hat, dass dieser 1999 verschwunden sein werde, sieht die SPD heute noch einen Zweck darin, den Menschen etwas abzupressen, das sie für diesen Zweck überhaupt nicht braucht, um an anderer Stelle eine sogenannte politische Gestaltung – ich sage jetzt einmal: Das sind Dinge, die viele Menschen nicht brauchen – umsetzen zu können.

Ich sage Ihnen dann noch – Sie haben mir gerade noch ein wenig Redezeit verschafft –, dass eine meiner Töchter deutlich über 40 Stunden in der Woche arbeitet, dabei eine hohe Verantwortung ausübt und als Anfängerin in ihrem Beruf an sich auch ein sehr gutes Einkommen hat. Wenn ich aber sehe, was dieser Tochter wegen der Steuerbelastung jeden Monat übrig bleibt, dann schäme ich mich als Mitglied dieser Kaste Politiker, dass wir schon seit Jahren nicht einmal in der Lage sind, trotz sprudelnder, steigender Steuereinnahmen dafür zu sorgen, dass die Leistungsträger in unserer Gesellschaft endlich entlastet werden und die Progression, die von Jahr zu Jahr wächst und wächst, endlich abgebaut wird.

(Beifall bei der CSU)

Das ist unser erklärtes politisches Ziel, und Sie wären wirklich gut beraten, wenn Sie sich uns anschließen würden. Denn all die Menschen, die früher einmal SPD gewählt

haben, diese Leistungsträger, diese Facharbeiter, die Sie als Bezieher von extrem hohen Einkommen definieren – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege König, darf ich Sie um Beachtung Ihrer Redezeit bitten?

Alexander König (CSU): Ich bin gleich fertig. – Genau diese Menschen versteuern hohe Beträge. Im Koalitionsvertrag musste vereinbart werden, dass der Solidaritätszuschlag aufrechterhalten wird. Das ist allein Ihnen, der SPD, zu verdanken, und deswegen haben wir mit Ihnen auch nichts mehr im Sinn.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat Herr Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zu den vorliegenden Anträgen: kleine und mittlere Unternehmen bei Forschung und Entwicklung, unterstützen; bestehende Bürokratie möglichst abbauen, keine neue Bürokratie schaffen: Jawohl, Haken dahinter, alle demokratischen Parteien in diesem Hause stehen dahinter. Ansonsten segeln die beiden Anträge von CSU und FDP allerdings unter falscher Flagge. "Der Landtag positioniert sich klar gegen Steuererhöhungen", steht dort.

(Alexander König (CSU): Mit Ausnahme der SPD!)

Tatsächlich meinen Sie: Der Solidaritätszuschlag ist für alle abzuschaffen. Das hat aber mit der Verhinderung einer Steuererhöhung nichts zu tun. Es geht schlicht und einfach um die Entlastung von 90 % der heutigen Zahlerinnen und Zahler des Solidaritätsbeitrags. Das wollen wir alle gemeinsam. Das hat die CDU, das hat die CSU, das hat die SPD im Koalitionsvertrag in Berlin unterschrieben, und dahinter stehen wir.

Wir stehen aber nicht hinter dem Anliegen, Topverdienern und Millionären auch noch das Geld hinterherzuschmeißen, das wir in dieser Gesellschaft sehr, sehr gut an anderer Stelle brauchen können.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Geld können wir gebrauchen, um der kleinen Krankenschwester eine Grundrente zu bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Geld können wir dazu gebrauchen, einen besseren ÖPNV zu bezahlen. Dieses Geld können wir dazu brauchen, zum Beispiel das Schulsystem in Bayern zu reformieren.

Der CSU-Antrag und der FDP-Antrag werden von uns selbstverständlich abgelehnt. Wir stehen beim Solidaritätszuschlag hinter dem Koalitionsvertrag. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Güller, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege König gemeldet. Bitte.

Alexander König (CSU): Verehrter Kollege Güller, ich habe folgende Nachbemerkung und Frage: Erkennen Sie die Progression, durch die die Menschen in diesem Land von Jahr zu Jahr stärker belastet werden? Und sehen Sie die Notwendigkeit, die Menschen von dieser immer weiter steigenden Progression zu entlasten, ja oder nein? Und wäre das mit Steuerentlastungen möglich, ja oder nein? Sind Sie dafür oder nicht?

Harald Güller (SPD): Völlig klar: Bei steigenden Einkommen, aber auch gleichzeitig steigenden Kosten ist an dieser Stelle eine Entlastung notwendig. Diese ist über den heutigen Einkommensteuertarif zu machen. Dafür steht die SPD.

Wir stehen aber nicht für das Vorhaben, 11,5 Milliarden Euro aus dem Solidaritätszuschlag jetzt plötzlich für das oberste Zehntel der Einkommensbezieher in Deutschland auszugeben.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wo ist die Grenze, Herr Güller?)

Wir stehen für die Absicht, diesen Betrag in den Einkommensteuertarif einzubauen. Wir finden, für Menschen wie für einen Single, der mehr als 100.000 oder 150.000 Euro im Jahr verdient, kann man es in den Einkommensteuertarif mit einbauen. Ansonsten ist zu entlasten. Dafür stehen wir. Dafür nehmen wir auch über 10 Milliarden Euro im Bund in die Hand, wenn Sie zustimmen und nicht immer Störfeuer senden würden.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Albert Duin von der FDP. Bitte.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich diesen Antrag gesehen habe – Herr König, Sie haben ihn wunderbar eingebracht –, war ich begeistert: Endlich mal wieder das Gleiche wie die letzten Jahre zuvor, immer wieder, jedes Jahr höre ich das Gleiche: mittelstandfreundliche Reform.

(Alexander König (CSU): An uns liegt es nicht, wie Sie wissen!)

Jedes Jahr höre ich das Gleiche! Ich warte darauf, dass die Reform endlich kommt. Jedes Jahr werden die Dokumentationspflichten und Auflagen mehr, immer mehr; die Steuern steigen immer weiter. Jedes Jahr kommen irgendwelche Zertifikate dazu, die wir im Mittelstand und bei den Unternehmern erbringen müssen.

Zur SPD sage ich: Geschenkt wird uns gar nichts. Wir erwirtschaften das Geld, und die Regierung nimmt es uns weg, mit klebrigen Fingern. Nichts anderes ist es!

(Beifall bei der FDP und der AfD – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Oh!)

Im Antrag steht: "einen festen Fahrplan zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags". Herr König, Ende des Jahres läuft der Solidaritätspakt aus. Parallel dazu sollte auch der Solidaritätszuschlag auslaufen.

(Alexander König (CSU): Wegen der CSU auch gerne!)

Seit zwei Jahren wird das Geld im Osten gar nicht mehr gebraucht. Es fließt nicht mehr in den Osten, es fließt in den Staatshaushalt.

(Alexander König (CSU): In den allgemeinen Topf!)

Wisst ihr was? – Wir werden in einer Lage enden wie damals bei der Schaumweinsteuer: 1902 eingeführt für den Aufbau der Flotte des Kaisers. Scheinbar ist die Flotte noch nicht fertig, sonst würden wir den Zuschlag ja schon lange abgeschafft haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der AfD – Alexander König (CSU): So schaut's leider aus, ja!)

Eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung – FuE – ist notwendig, damit wir vorwärtskommen. Sehr oft werden ideologisch Entwicklungen für die Zukunft in Deutschland unterdrückt, weil irgendeine Strömung, meistens eine von links, eine große Gefahr für uns sieht, sodass wir Forschung und Entwicklung gar nicht mehr betreiben können. Das ist falsch. Wir müssen ideologiefrei Forschung und Entwicklung betreiben. Dafür brauchen wir einfach teilweise im Mittelstand Unterstützung vonseiten des Staates.

Abbau bestehender Bürokratie: Leute, ihr könnt zu mir in den Keller in München kommen. Da stehen jedes Jahr mehr Ordner mit Papier. Damit könnte ich ein ganzes Jahr

mein Wohnhaus heizen, wenn ich das benutzen könnte. Das wäre mal eine sinnvolle Sache.

(Heiterkeit bei der FDP)

Dann lese ich etwas, was mich wirklich stutzig macht. Unten steht: "Vermeidung von neuer Bürokratie im Steuerrecht". Vermeiden wir doch nicht nur! Schaffen wir doch mal ein paar Gesetze ab oder renovieren sie oder restaurieren sie

(Beifall bei der FDP)

oder hauen sie gleich in die Tonne, am besten mit den Ordnern ins Feuer!

Meine Damen und Herren, ich stimme dem Antrag zu, erwarte aber einen klaren, konkreten Ausstiegstermin für den Solidaritätszuschlag.

(Alexander König (CSU): Wünschen wir uns auch!)

Als Zweites wird mehr Entbürokratisierung gefordert. Ich möchte Probeläufe für Gesetze haben, die wir für den Mittelstand erlassen. Wir suchen uns Musterbetriebe in ganz Bayern aus. Dann lassen wir mal ein halbes Jahr die Gesetze laufen. Dann können wir hinterher immer noch evaluieren, welches Gesetz überhaupt tauglich ist und welches nicht. Lasst uns doch mal anfangen und nicht immer nur reden!

Ich plädiere also für Zustimmung zu Ihrem Vorschlag und für Zustimmung zu unserem eigenen Antrag.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der AfD – Alexander König (CSU): Vielen Dank!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Duin, bitte kommen Sie noch mal zurück ans Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Florian von Brunn von der SPD.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege, weltweit können wir das gleiche Phänomen beobachten: Die Reichen werden immer reicher; die Schere bei Einkommen und Vermögen geht immer weiter auf.

Albert Duin (FDP): Das liegt aber an den Gewerkschaften.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Duin, Sie haben gleich das Wort, nach der Zwischenbemerkung.

Florian von Brunn (SPD): Offensichtlich kann sich die FDP nicht mal mehr an die parlamentarischen Gepflogenheiten halten; aber gut.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat 2018 Zahlen vorgelegt, wonach die reichsten 10 % der Deutschen inzwischen 60 % des Nettovermögens haben und dass den 45 reichsten Deutschen genauso viel gehört wie der ärmeren Hälfte der Haushalte in Deutschland. Jetzt frage ich Sie: Will die FDP, dass diese Entwicklung weitergeht, und was wollen Sie denn dagegen unternehmen, dass wir auf der einen Seite unglaublichen Reichtum haben und auf der anderen Seite bittere Armut?

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Darum geht es überhaupt nicht!)

Albert Duin (FDP): Lieber Kollege, über die Reichsten der Reichen haben wir gar nicht gesprochen. Sie haben gerade ein Fass aufgemacht: Die Schere wird immer größer. – Wissen Sie, woran das liegt? – Weil wir prozentuale Lohnerhöhungen haben.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Dadurch wird die Schere immer größer. Die Gewerkschaften sollten mal ihre Arbeit machen und tatsächlich eine nominale Erhöhung fordern, die allen entgegenkommt; das wäre eine Sache.

Die Reichen, ganz ehrlich: Sie können machen, was Sie wollen, Sie werden sie nie erwischen.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Machen wir eine vernünftige Steuerpolitik, sodass mehr Menschen hierbleiben und ihr Geld nicht ins Ausland mitnehmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Duin. – Das Wort hat Herr Kollege Tim Pargent von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tim Pargent (GRÜNE): Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Als ich den Antrag gestern gesehen habe, habe ich gedacht, ich sehe nicht richtig. Da stellt das Kabinett mit den Freunden von den FREIEN WÄHLERN einen Haushalt auf, den Sie nur mit einem kräftigen Griff in die Rücklagen hinbekommen, und dann beantragen Sie noch am selben Tag die Senkung der Unternehmensteuern. Da würde mich schon mal interessieren, welche Unternehmensteuern Sie hier eigentlich meinen. Körperschaftsteuer, Abgeltungsteuer? Wollen Sie an die Gewerbesteuermesszahl ran? Und warum haben Sie das nicht in Ihren Antrag reingeschrieben? – Das sind nämlich überwiegend Gemeinschaftsteuern, und da hätte man direkt den Effekt gemerkt, dass Sie damit ein Loch in den Landeshaushalt reißen würden. Das ist doch eine unseriöse Finanzpolitik. Das hätte ich nicht mal Ihnen zugetraut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dann erzählen Sie hier was vom internationalen Steuerwettbewerb. Welches ehrliche bayerische Mittelstandsunternehmen verlagert denn wegen ein paar Punkten Unterschied bei der Körperschaftsteuer den Firmensitz nach Brexit-Großbritannien oder

nach Trump-USA? – Was die kleinen mittelständischen Unternehmen wirklich brauchen, sind Fachkräfte, ist eine gesunde Infrastruktur, ist der Breitbandausbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür brauchen wir gesunde Staatsfinanzen und keinen ruinösen Steuerwettbewerb à la Donald Trump. Ich sage Ihnen: Das ist nicht nur unseriös, das ist auch unsozial. Von einer vollständigen Abschaffung des Soli profitieren vor allem die Reichsten in unserer Gesellschaft. Wenn man den Soli komplett abschafft, kommt 60 % der Entlastung den 10 % der reichsten Haushalte in Deutschland zugute. Die unteren 35 % der Haushalte haben von der Soli-Abschaffung keinen Cent, null Euro. Wenn Sie das nächste Mal einen Antrag auf die vollständige Soli-Abschaffung stellen, dann beantragen Sie doch gleich mit, dass Sie auch das "S" aus Ihrem Parteinamen streichen; denn mit sozialer Politik hat das nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU – Alexander König (CSU): So ein Unsinn!)

Wir lehnen Ihren Antrag ab. Er ist unseriös, unsozial.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Diese Sozialneid-Diktion passt überhaupt nicht zu Ihrer Wählerschaft!)

Das Gleiche gilt für den Antrag der FDP. Und was den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD angeht: Bei dem werden wir uns enthalten. Da steht zwar sehr viel Vernünftiges drin, aber eine Soli-Zustimmung zum GroKo-Kompromiss bekommen Sie von uns hier nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pargent. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gerald Pittner von der Fraktion FREIE WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der CSU zielt darauf ab, dass sich der Bayerische Landtag klar positioniert, und zwar gegen Steuererhöhungen, für zügige Reformen zur steuerlichen Entlastung und zu einem spürbaren Bürokratieabbau. Die FREIEN WÄHLER und die CSU haben bereits im Koalitionsvertrag festgelegt, dass Sie Steuererhöhungen ablehnen, Reformen im Steuerrecht und auch den Abbau von bürokratischen Vorschriften wollen. Dieses Wahlversprechen lösen wir jetzt ein. Wir halten nämlich unser Wort. Und dies gilt eben gerade auch für den Bürokratieabbau.

Natürlich ist es richtig, dass das alles sehr allgemein gehalten ist. Wir wollen eben keine Vorfestlegungen treffen, und unser Vorschlag zielt ja gerade in Richtung Bundesregierung, Richtung Bund. Wir machen das, wenn der Zeitpunkt der richtige ist. Und das ist er jetzt – jetzt deshalb, weil im Bundesrat eine Entschließung zu dieser Thematik anhängig ist, deren Beratung gerade vertagt worden ist. Richtig ist der Vorstoß deshalb jetzt, weil Deutschland und Bayern sich durch hohe Wettbewerbsfähigkeit auszeichnen, die Konjunktur auf hohem Niveau läuft und auch dieses Jahr noch relativ gut ausschaut, sich aber gleichzeitig die wirtschaftliche Lage eintrübt. Wir müssen jetzt etwas für unsere Unternehmen tun, für unseren Mittelstand, für unsere Dienstleistungsbranche und auch für unsere Bürger.

Natürlich müssen wir dabei den Staatshaushalt im Blick haben, natürlich wollen wir weiter Schulden abbauen, natürlich wollen wir keine Absenkung unseres Lebensstandards. Wir müssen aber auch anerkennen, dass der internationale Wettbewerb eben anders aussieht. Wichtige Konkurrenzländer senken die Steuern. Wir können hier unsere Unternehmen nicht alleinlassen.

Auch im Bereich der Bürokratie müssen wir etwas tun. Bürokratie per se ist nicht negativ. Sie schafft nämlich Rechtssicherheit, das muss man ganz klar sagen. Aber hier gab es in der Vergangenheit viele Übertreibungen, und vieles hindert auch Firmen und Unternehmen, hier Geld zu verdienen. Die Vorschläge, die in der Auflistung hierzu aufgeführt sind, sind alle richtig. Und der Solidaritätszuschlag, der besteht seit zwanzig

Jahren, der ist völlig obsolet. Wir haben von der Sektsteuer gehört; der Solidaritätszuschlag gehört weg.

Ich könnte jetzt noch lange reden, darf aber nicht, weil meine Redezeit abgelaufen ist.

(Alexander König (CSU): Sie haben noch eine halbe Minute!)

Diese Ziele sind alle im schwarz-orangen Koalitionsvertrag festgelegt. Sie sind sinnvoll. Deswegen stimmen wir dem Antrag der CSU zu. Die Anträge der SPD und der FDP lehnen wir ab aus den Gründen, die der Kollege von der CSU schon genannt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pittner. – Das Wort hat Herr Abgeordneter Bergmüller von der Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren! Grundsätzlich könnte man dem ja zustimmen. Aber wenn ich betrachte, wer das in der vergangenen Zeit alles gepredigt hat – da sitzen wiederum die meisten Parteien hier drin, die in Koalitionsvereinbarungen und Wahlkämpfen immer davon gesprochen haben, die Unternehmensteuerreform mittelstandsfreundlich zu gestalten –, dann muss ich sagen, ich weiß, wovon ich rede, 30 Jahre selbstständig, da kann ich meinem Kollegen Albert Duin absolut beipflichten: Wir werden ausgequetscht wie eine Zitrone. Der Mittelstand hat nämlich nicht wie Großkonzerne die Möglichkeit, ins Ausland zu gehen; der ist vor Ort und wird stranguliert.

(Beifall bei der AfD)

Bürokratieabbau: Sehr verehrte Damen und Herren, dieses Wort kann ich schon gar nicht mehr hören. Demokratieabbau, Bürokratieabbau – –

(Lachen bei Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das wollen Sie, Demokratieabbau! Jetzt haben Sie es endlich mal gesagt! – Alexander König (CSU): Das ist in Ordnung!)

Ja, lachen Sie doch darüber! Das gefällt Ihnen, ein Versprecher. Über Bürokratieabbau brauchen Sie als SPD nicht zu reden. Sie strangulieren uns da immer mehr, da kann ich meinem Kollegen auch wieder zustimmen. Das sind doch die Fakten, und das Problem ist nicht, dass ich mich hier kurz versprochen habe. – Tut mir leid.

Noch mal, ganz klar: Den Worten müssen Taten folgen, und da sind Sie in der Bringschuld.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Deswegen können wir uns bei diesem Antrag nur enthalten, weil in den letzten Jahren niemals den Worten Taten gefolgt sind.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Bergmüller. – Das Wort hat Herr Staatsminister Füracker. Bitte.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die große Leidenschaft zeigt schon, wie sehr Geld bewegt, insbesondere das, was der Staat den Menschen wegnehmen – Klammer auf – muss – Klammer zu – oder wegnehmen will. Fakt ist, dass wir hier im Bayerischen Landtag im Bereich der Steuern die Dinge zu Recht sehr energisch diskutieren. Aber all das, was wir uns hier vornehmen, muss natürlich in Berlin durchgesetzt werden. Steuergesetzgebung – das wissen alle Menschen – ist Bundesgesetzgebung. Und deswegen ist es natürlich in manchen unterschiedlichen Konstellationen von Regierungen in den Bundesländern und beim Bund selbst schwer zu durchdringen, wes-

wegen das eine nicht getan wird, das andere aber schon, je nachdem, wie die Mehrheiten gerade stehen.

Fakt ist aber auch, dass wir alle miteinander ein bisschen abrüsten sollten. Herr Duin, wenn sich die FDP hier hinstellt und sagt, was man in Berlin alles im Steuerrecht an tollen Ideen hätte umsetzen sollen und müssen, dann kommt natürlich meine Standardfrage an die FDP: Warum wollten Sie denn nicht regieren? – Hätten Sie halt mitgemacht in Berlin, dann hätten Sie all das machen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Aber da hat man das Weite gesucht und ist geflohen. Und jetzt sagt man, was man getan hätte, wenn man denn gedurft und gewollt hätte. Deswegen mussten wir mit der SPD im Koalitionsvertrag beschließen, was man nun tut.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Jetzt sage ich mal eines: Wenn der Herr Kollege Güller hier sagt, es geht nicht um Steuererhöhungen, dann muss ich sagen, Herr Güller, es ist natürlich schon so: Wir haben beim Abbau des Solidaritätszuschlags das Mindeste dessen bekommen, was wir wollten. Wir wollten natürlich mehr. Aber der Koalitionspartner, die SPD, hat gesagt: Dann gibt es eine Vermögensteuer, dann gibt es eine Reichensteuer, dann gibt es Steuererhöhungen auf der anderen Seite.

Meine Damen und Herren, Steuererhöhungen in Zeiten, in denen der Staat mehr Steuern eingenommen hat denn je, lehnen wir von vornherein ab. Steuererhöhungen wird von uns nicht zugestimmt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen musste man halt die Kröte schlucken und musste den Soli zunächst im Koalitionsvertrag so verankern, wie er nun ist. Aber trotz des Koalitionsvertrags weiterhin um Vernunft zu werben, den Soli schneller abzubauen, als dort steht, das muss

schon noch erlaubt sein, Herr Güller. Abgesehen davon, dass Sie behauptet haben – das muss man wissen –, die 10 %, die jetzt die 50 % des Soli-Aufkommens zahlen, müssten nicht entlastet werden, das wären alles Millionäre.Sie zahlen, wenn Sie 71.000 Euro brutto verdienen, auch in Zukunft den Soli. Ich frage Sie schon, ob es nicht auch Menschen gibt, die Sie als Wählerinnen und Wähler anpeilen, die 71.000 Euro brutto verdienen. Ich weiß nicht, ob das alles wirklich Millionäre sind. Nach den derzeit geltenden Vereinbarungen lehnen Sie es deswegen ab, dass jemand, der 71.000 Euro brutto verdient, in Zukunft keinen Soli mehr bezahlen muss. Deswegen kämpfe ich voller Überzeugung dafür, dass der Soli in Gänze entfällt. Nur: Mein Koalitionspartner in Berlin hat es mir noch nicht erlaubt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen einige Anmerkungen zur Debatte, die immer hoch ideologisch geführt wird, wer wie viel Steuern bezahlen muss, und dazu, dass nur der sogenannte kleine Mann Steuern zahlt – abgesehen davon, dass sich wahrscheinlich auch im Landtag 205 Abgeordnete immer noch für den kleinen Mann halten. 50 % des Einkommensteueraufkommens in dieser Republik entrichten 10 % der Einkommensteuerzahler.

(Zuruf von der CSU: Ganz genau!)

Es wird also nicht ausschließlich der kleine Mann zu Steuerzahlungen herangezogen, sondern es sind auch ein paar Großkopferte dabei, wie wir in Bayern sagen. Der Begriff ist natürlich nicht als Beleidigung, sondern liebevoll gemeint. Deswegen danke ich für diesen Antrag sehr.

Der vorliegende Dringlichkeitsantrag macht deutlich, worum es geht, nämlich darum, dass die Steuern runter und auch Unternehmensteuern verändert werden müssen. Wir haben bereits im Juli einen intelligenten Vorschlag in den Bundesrat eingebracht, in dem wir sagen: Lasst uns doch zum Beispiel die Gewerbesteuer nicht nur bei Personen-, sondern auch bei Kapitalgesellschaften auf die Körperschaftsteuer anrechnen. Damit haben wir mit den Kommunen keinen Konflikt; denn die Gewerbesteuer greifen

wir nicht an. Wir senken aber insgesamt die Steuerbelastung für die Unternehmen. Das ist durch eine Teilanrechnung und mit einer geschickten Durchführungsweise völlig unbürokratisch machbar.

Wir haben angeregt, dass der Soli auch für die kleinen Unternehmen fällt, und haben auch die Einführung einer Förderung im FuE-Bereich vorgeschlagen. Wir wollten im Interesse der Entbürokratisierung, zum Beispiel durch die Anhebung der Wertgrenze bei geringfügigen Wirtschaftsgütern auf 1.000 Euro, Fortschritte erzielen. Aber wir sind eben nicht durch den Bundesrat gekommen. Alles, was wir eingebracht haben, wurde zurückgestellt. Ich kann nur alle aufrufen, die in irgendeiner Funktion in diesem Bundesrat sitzen – die GRÜNEN, die FDP, die SPD –, uns zu unterstützen. Alle, die dort vertreten sind, haben die Chance, in mutiger Weise unsere Vorschläge, die wir eingebracht haben, auf Bundesebene zu unterstützen. Ich höre, ihr regiert mit. Ja, wir haben Vorschläge gemacht. Werben Sie dafür, das Ganze zu unterstützen!

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen noch etwas zum Bürokratieabbau: Wie lustig und skurril ist das, was ich zurzeit beim Bürokratieabbau im Steuerrecht erlebe; Stichwort: Grundsteuer. Wir haben einen Vorschlag gemacht, der im Hinblick auf die Entbürokratisierung überhaupt nicht logischer und nachvollziehbarer sein könnte. Aber was tun wir in Berlin? – Wir diskutieren mit Bundesfinanzminister Scholz und insbesondere mit den SPD-Länderfinanzministern, wie es geht, erst einmal zu verhindern, dass bei 36 Millionen Objekten in Deutschland einzelne Bewertungen von Gebäuden und Grundstücken vorgenommen werden müssen. Gott sei Dank haben wir das schlimmste Bürokratiemonster, das Deutschland jemals gedroht hat, bereits verhindert.

(Beifall bei der CSU)

Aber auch hier hängen wir fest, weil wir dort eine Gerechtigkeitsdebatte führen, die man natürlich immer dann, wenn es um pauschale Lösungen geht, führen kann. Wenn wir entbürokratisieren wollen, müssen wir auch pauschale Lösungen akzeptieren.

Wenn man alles bis ins letzte Detail gerecht gestalten will, gibt es Bürokratie pur. Das ist die Situation. Deswegen bitte ich schon, zur Kenntnis zu nehmen, dass unsere Vorschläge seriöserweise auch Bürokratieabbau bedeuten. Dass jetzt der Bund ein Bürokratieentlastungsgesetz III vorlegt und dass wir dies mit entsprechenden bayerischen Vorschlägen unterstützen, fördern und befördern wollen, sage ich Ihnen zu. Insofern agieren wir hier auch im Sinne des Antrags der CSU.

Auch auf dem Gebiet der Digitalisierung schreiten wir in Bayern voran, während andere Bundesländer weit hinterherhinken. Wir haben etwa mit dem BayernPortal und den Möglichkeiten, digitale Dienstleistungen der Verwaltung auch Unternehmen anzubieten, einen guten Weg beschritten. Wir sind noch nicht am Ziel, aber auf bestem Weg. In unserem bayerischen Koalitionsvertrag ist für diese Maßnahmen das Jahr 2020 genannt, ab dem die wichtigsten Anbindungen flächendeckend online zur Verfügung stehen sollen. Mit diesem Plan sind wir also auf einem sehr guten Weg. Deswegen halte ich es natürlich mit meinem Vorredner von der CSU, diesen Antrag zur Zustimmung zu empfehlen. Das ist kein Geheimnis.

Die FDP hat ein Problem mit dem Datum, 31.12.2019, das unserem Koalitionsvertrag in Berlin nicht entspricht.

Zum Antrag der SPD: Meine lieben Freunde, in Zeiten höchster Steuereinnahmen des Staates in Berlin Steuererhöhungen zu fordern, ist weder opportun noch sinnvoll und im Sinne dessen, was wir jetzt benötigen. Die Konjunktur muss in den nächsten Monaten bei bester Laune gehalten werden. Da helfen keine Steuererhöhungen, sondern Steuersenkungen. Unsere Vorschläge sind konsistent; diese sollten wir unterstützen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Bevor wir zu den beiden Zwischenbemerkungen aus den Reihen der FDP und der AfD kommen, darf ich Ihnen bekannt geben, dass die CSU-Fraktion zu

ihrem aktuell diskutierten Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Herr Kollege Duin von der FDP-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Albert Duin (FDP): Herr Staatsminister, vielen Dank für die wohlwollenden Worte. Wir sind davon überzeugt, dass Sie recht haben. Aber weil Sie recht haben und das alles wissen, frage ich Sie: Wann ist der Ausstieg aus dem Solidaritätszuschlag? Geben Sie mir ein Datum. Sie können es nicht ewig verschieben. Sie müssen mir irgendwie antworten und etwa sagen: Okay, wir bekommen in Berlin den Solidaritätszuschlag bis zum Ende der Legislaturperiode weg. Dann bin ich zufrieden. Aber ich brauche irgendwann ein Datum. Das Volk wird sich draußen mit Versprechen nicht mehr zufrieden geben. Der Wegfall des Solidaritätszuschlags ist schon zig Jahre versprochen. In diesem Jahr läuft der Solidaritätspakt aus. Damit sollte die Sache erledigt sein. Das Geld wird im Osten seit zwei Jahren nicht mehr gebraucht, fließt also nur noch in die Staatskasse. Das ist nicht richtig. Nennen Sie daher bitte einen Termin.

(Beifall bei der FDP)

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sie kennen den Koalitionsvertrag, den es auf Bundesebene gibt. Darin ist eine Entlastung von etwa 10 Milliarden Euro vereinbart, also ab 2021 zu beginnen, 90 % der Zahler zu entlasten und 50 % abzubauen. Wir wollten mit der Entlastung schon 2019 beginnen. Zu diesem Vorschlag, den ich im September gemacht habe, stehe ich. Allerdings fand ich für diesen Vorschlag in Berlin, auch in der Koalition, keine Mehrheit. Insofern ist Ihre Frage leicht zu beantworten, weil das alles bekannt ist.

Ich sage aber noch einmal: Die Idee, dass Sie mit in die Regierung hätten gehen und dort selbst hätten mit entscheiden können, wie das Ganze geht, habe ich immer noch. Warum Sie dies nicht wollten, weiß ich nicht. Jedenfalls darf man, wenn man nicht regieren will, hinterher nicht diejenigen schimpfen, die in anderen Konstellationen nicht das Maximum erreichen können. So ist halt die Lage in der Demokratie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Abgeordneter Mannes von der AfD-Fraktion gemeldet.

Gerd Mannes (AfD): Herr Duin hat meine Frage fast vorweggenommen. Sie haben 2005 in Berlin die Regierung übernommen. Seither höre ich von der Reduzierung der Steuern, der Regulierung und der Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Aber was ist passiert? Ich habe folgende Zahlen gegoogelt: 2005 betrug das Steueraufkommen 452 Milliarden Euro, 2017 734 Milliarden Euro. Ich möchte erstens fragen, wann die Steuerbelastung wieder nach unten geht.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Meine zweite Frage: Es gibt ungefähr 80.000 Vorschriften für Unternehmer in Bayern. Sie haben eben über Entbürokratisierung gesprochen. Jedes Jahr kommen ein paar Vorschriften dazu. Was haben Sie auf diesem Gebiet vor? Gibt es von diesen Vorschriften für Unternehmer wieder einmal weniger?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Ich kann nur noch einmal sagen: Wenn die Steuereinnahmen deswegen so gestiegen wären, weil wir die Steuern so dramatisch erhöht hätten, dann wäre das tatsächlich bedenklich. Aber im Moment steigen die Steuereinnahmen vor allem deswegen, weil in diesem Land Gott sei Dank etwas existiert, das hoffentlich noch lange existiert, nämlich Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Investitionen. Deswegen verzeichnen wir hohe Steuereinnahmen.Das soll auch so bleiben.

Offensichtlich wird es im internationalen Kontext etwas schwieriger. Andere Länder um uns herum senken die Unternehmensteuern. Wir diskutieren über den Brexit und über Amerika. In Frankreich werden die Steuern gesenkt. Wir müssen uns überlegen, wie wir es weiter schaffen können, dass die Wirtschaft so gut floriert und dass die Menschen Arbeit haben und Steuern zahlen können. Das ist entscheidend. Deshalb müs-

sen wir uns darüber unterhalten, wie wir die Menschen, die fleißig sind und jeden Tag arbeiten, animieren können, auch weiterhin fleißig zu sein. Wir müssen möglichst viel Geld bei den Menschen lassen. Deswegen muss der Soli weg. Die Daten, die im Koalitionsvertrag stehen, sind bekannt.

Zur Entbürokratisierung habe ich das Notwendige gesagt. Noch einmal: Steuerrecht ist Bundesrecht. Wir haben unsere Vorschläge auf den Tisch gelegt. Bitte werben Sie im Bundesrat dafür, dass wir für diese Vorschläge eine Zustimmung bekommen; dann gibt es auch weniger Bürokratie. Hinsichtlich der Grundsteuer kann jeder in seiner Partei dafür werben, dass den bayerischen Vorschlägen gefolgt wird. Bekämen wir dafür eine Mehrheit, wäre das die größte Entbürokratisierung im deutschen Steuerrecht seit vielen Jahren und Jahrzehnten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Abstimmung über diese Dringlichkeitsanträge wird erfolgen, wenn die erforderliche Wartezeit verstrichen ist.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Georgien, Algerien, Marokko, Tunesien, Syrien und Irak als sichere Herkunftsstaaten einstufen", Drucksache 18/308, bekannt. Mit Ja haben 21, mit Nein 166 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich komme jetzt zurück zum Dringlichkeitsantrag Nummer 5. Hier ist von der CSU-Fraktion – Drucksache 18/302 – na-

mentliche Abstimmung beantragt. Deswegen rufe ich als Erstes den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/309 der Abgeordneten Horst Arnold, Harald Güller, Florian Ritter und anderer und Fraktion betreffend "Was den Menschen und den Unternehmen wirklich hilft: Solide und gerechte Steuerpolitik für Zukunftsfähigkeit und Zusammenhalt Bayerns" auf. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU, der Freien Demokraten und der AfD. Wer enthält sich? – Enthaltung durch die Fraktion der GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe zur Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann und anderer und Fraktion (FDP) auf betreffend "Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuerentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen!", Drucksache 18/310. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FDP, und in diesem Fall, auch nur die FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der CSU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Damit komme ich zur namentlichen Abstimmung. Sie dauert drei Minuten. Ich wiederhole: drei Minuten. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuer- und Bürokratieentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen!", Drucksache 18/302. Verehrte Damen und Herren, die Abstimmung ist noch nicht eröffnet. Die Wahlurnen stehen bereit. Damit ist die Abstimmung eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18:01 bis 18:04 Uhr)

Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Verehrte Damen und Herren, ich darf jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß,

Prof. Dr. Winfried Bausback und anderer und Fraktion (CSU), Drucksache 18/302, bekannt geben.

(Unruhe)

Darf ich um Ruhe bitten? Jetzt wartet halt noch diese zweieinhalb Minuten. Jetzt waren wir hier so toll beieinander, und es ist ein erfreulicher Anblick vom Präsidium hier oben. Das wollen wir jetzt auch bis zum Schluss durchhalten.

Also: Das ist der Antrag der CSU betreffend "Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuer- und Bürokratieentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen!". Mit Ja haben 108 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 50 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 20.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.02.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU; Impulse für Unternehmen jetzt setzen: Steuer- und Bürokratieentlastungen auf Bundesebene zügig voranbringen! (Drucksache 18/302)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bayerbach Markus			X
Becher Johannes		X	
Becker Barbara	X		
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz			
Blume Markus	X		
Böhm Martin			X
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Büchler** Markus		X	
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne			X
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin			X
Eck Gerhard	X		
Eibl Manfred	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Enders Susann	X		
Enghuber Matthias	X		
Fackler Wolfgang	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Faltermeier** Hubert	X		
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus (Tessa)		X	
Gehring Thomas			
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias	X		
Gottstein Eva	X		
Graupner Richard			X
Grob Alfred	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann			
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			X
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli			X
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold	X		
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Högl Petra	X		
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian			X
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto			
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			X
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut	X		
Dr. **Mehring** Fabian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			X
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter	X		
Dr. **Oetzinger** Stephan	X		
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold	X		
Dr. **Runge** Martin		X	
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan			X
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef			X
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas			X
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	108	50	20